

HARALD VOCKE · WÜRZBURG

VIER PÄPSTE UND PALÄSTINA

Anmerkungen zu einer theologischen Bewertung des Nahost-Konflikts

Die Synagogen im Ghetto Venedigs, dem ältesten Ghetto der Welt, sind in ihrer schlichten Würde bewegend. Nach der Vertreibung der Juden aus Spanien sind sich in Venedig weiter Christen und Juden begegnet. Die Judenverfolgung durch Hitlerdeutschland war auch hier ein tragischer Einschnitt: Von den 204 nach Auschwitz verschleppten Juden kehrten nur acht in die Heimat zurück. Zwei Päpste der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, Johannes XXIII. und Johannes-Paul I., waren Patriarchen von Venedig vor ihrem Pontifikat. Als Diplomat im päpstlichen Dienst hatte Giuseppe Roncalli schon während des Zweiten Weltkrieges in Istanbul manches getan, um Juden auf der Flucht nach Palästina zu helfen. Als Papst äußerte Johannes XXIII. offen seine Zuneigung für das jüdische Volk, vor allem für die in Israel lebenden Juden. Dem von ihm einberufenen Konzil hat dieser Papst den Auftrag erteilt, eine Erklärung über das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum vorzubereiten. Erst nach seinem Tod ist eine solche Erklärung zustande gekommen, mit einem gegenüber dem ursprünglichen Entwurf stark veränderten Text.

Albino Luciano hat schon, bevor er sein kurzes Pontifikat als Johannes-Paul I. antrat, als Patriarch von Venedig erklärt: «Natürlich sehe ich die Rückkehr der Juden nach Palästina mit Wohlwollen und glaube, dass sie nach Jahren der Zerstreuung ein gutes Recht auf einen eigenen Staat haben.» Vor Beginn der entscheidenden letzten Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten in Camp David rief Johannes-Paul I. zum Gebet für einen gerechten und vollständigen Frieden im Nahen Osten auf. Erläuternd fügte er hinzu: «Gerecht, das heißt zur Zufriedenheit aller am Konflikt beteiligten Parteien. Vollständig heißt, ohne eine Frage ungelöst zu lassen: Das Problem der Palästinenser, die Sicherheit Israels, die heilige Stadt Jerusalem.»

Die Zitate sind dem Buch von Ulrike Koltermann «Päpste und Palästina – Die Nahost-Politik des Vatikans von 1947 bis 1997» entnommen¹, der erweiterten Fassung einer theologischen Dissertation der Universität Bonn. Das Buch ist schon viel gelobt worden. Frucht eines eisernen Fleißes, bietet es zum Palästinakonflikt in einem halben Jahrhundert Zitate von Päpsten und von Vertretern der Kurie in

HARALD VOCKE, Jahrgang 1927, Studium der Altphilologie, Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte, später auch der arabischen Sprache. Tätigkeit als Diplomat, dann Journalist. Bücher über Araber, den Krieg im Libanon und Diplomatiegeschichte. Neuübersetzung des Johannes-Evangeliums.

Fülle. Auch die Araber Palästinas – von der Autorin «Palästinenser» genannt – kommen zum Nahost-Konflikt häufig zu Wort. Weniger und einseitiger werden Politiker aus Israel zitiert. Das zeigt schon im Literaturverzeichnis der Hinweis auf die von der Autorin genutzten Archive.

Aus einem Kommuniqué des israelischen Außenministeriums vom 12. September 1982 wird jedoch der Hauptinhalt ausführlich wiedergegeben. Der Text bezieht sich auf die Ankündigung des ersten Besuchs von Arafat, dem langjährigen Führer der «Organisation zur Befreiung Palästinas» (PLO) bei Papst Johannes-Paul II.: «Die selbe Kirche, die über das sechs Jahre dauernde Massaker an Juden in Europa kein Wort verloren hat, und die sieben Jahre lang nicht viel zu den Morden an Christen im Libanon gesagt hat, ist bereit, den Mann zu treffen, der das Verbrechen im Libanon verübt hat und auf die Vernichtung Israels aus ist, was die Vollendung des Werks der Nazis in Deutschland bedeutet. Wenn der Papst Arafat trifft, dann zeigt das etwas über den moralischen Stand der Kirche.»² Für ein Dokument zur Außenpolitik war das ein ungewöhnlicher Ton. Sachlich ließ sich gegen die israelische Anklage hingegen wenig einwenden. Der im Orient wie in seinem Orden hochgeachtete Jesuitenpater Jean Aucagne bezeichnete den Besuch Arafats im Vatikan als «einen ernsten Skandal für die libanesischen Christen, die ihr Land gegen Terroristen verteidigt haben, ... die es zu einem muslimischen Land unter palästinensischer Herrschaft machen wollten.»³

Der Vatikan nannte in seiner öffentlichen Erwiderung die Vorwürfe Israels hingegen eine «Verfälschung der Wahrheit, die nicht ohne Antwort bleiben kann.» Der Hinweis des Vatikans auf Priester und Organisationen der katholischen Kirche, die «Tausende und Tausende Juden» beschützt haben, widerlegt freilich nicht das im israelischen Kommuniqué erwähnte Faktum: «Die Kirche» – und damit war Papst Pius XII. gemeint – hat ja während des Zweiten Weltkriegs in der Tat zur Ermordung von Millionen von Juden durch Hitlerdeutschland offiziell nie Stellung genommen. Das hat die israelische Diplomatie dem Vatikan ungewöhnlich oft vorgeworfen, nicht selten in Verbindung mit eigener Kritik an der vatikanischen Palästina-Politik. Dass solche Polemik von Interessen des jüdischen Staates bestimmt war, zeigt deren Schärfe im Vergleich mit der Haltung Israels gegenüber Großbritannien im letzten halben Jahrhundert. Die britische Mandatsmacht hatte vom Völkerbund den Auftrag erhalten, in Palästina die Errichtung einer «Heimstätte für das jüdische Volk» zu fördern, tat aber bald eher das Gegenteil und nahm für die arabischen Gegner der Juden Partei. Daran aber hat das israelische Außenministerium in den letzten Jahrzehnten in seinen öffentlichen Erklärungen kaum mehr Anstoß genommen.

Sechsendvierzig Jahre nach der Staatsgründung Israels und zwölf Jahre nach dem ersten offiziellen Besuch Arafats im Vatikan war es dann doch endlich soweit: Der Vatikan und Israel nahmen am 15. Juni 1994 volle diplomatische Beziehungen auf. Den Weg hierzu hatte ein vatikanisch-israelisches «Grundlagen-Abkommen» bereitet. Ein entscheidender Passus darin besagt: «Der Heilige Stuhl hält es bei der Aufrechterhaltung seines Rechts, in jedem Fall sein moralisches Lehramt auszuüben, für angemessen zu wiederholen, dass er auf Grund seines eigenen Charakters feierlich verpflichtet ist, sich von allen ausschließlich weltlichen Konflikten fernzuhalten. Dies gilt insbesondere für umstrittene Gebiete und ungeklärte Grenz-

fragen.»⁴. Schon 1986 hatte Johannes-Paul II. als erster Papst die Synagoge von Rom besucht und dabei erklärt: «Wir haben (zum Judentum) eine Beziehung wie zu keiner anderen Religion. Ihr seid unsere geliebten Brüder, und in einem gewissen Sinn, könnte man sagen, unsere älteren Brüder.»⁵

Schon dass man solche Texte mit einem Griff zur Hand hat, jeweils mit Quellenangabe, ist ein bedeutender Nutzen von Ulrike Koltermanns Buch. Es könnte zu einer längst überfälligen Grundsatzdebatte über die Haltung der katholischen Kirche gegenüber den Juden vor, in und nach der Katastrophe des Holocausts und zu einer weiteren Debatte über die Hintergründe des Nahost-Konflikts den Zugang erleichtern. Der Stoff, den Ulrike Koltermann in ihrem Buch gebändigt hat, ist so vielfältig und weitverzweigt, dass gewisse Einseitigkeiten fast unvermeidlich waren. Das aber könnte sogar von Vorteil sein, weil die Autorin zu manchen entscheidenden Fragen ebenso unbekümmert wie deutlich den Standpunkt der «Organisation zur Befreiung Palästinas» (PLO) vertritt. Denn gerade dieser Standpunkt bedarf der Diskussion und Überprüfung innerhalb der christlichen Welt.

Zunächst sollte man den Begriff «Palästinensisches Volk» kritisch betrachten. Schon Papst Pius XII. hatte diese Formulierung gebraucht. Hier scheint ein Rückblick geboten. «Palästina» wurde unter türkischer Herrschaft gemeinhin als ein Teil von Syrien betrachtet. Noch in dem Dokument, mit dem der Völkerbund Großbritannien die Aufgaben einer Mandatsmacht über «Palästina» zuwies, galten als dessen Gebiete auch ausgedehnte Landstriche östlich des Jordans. Das heutige Jordanien war damals, in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, noch fast menschenleer. Auch westlich des Jordans war Palästina nur dort dichter besiedelt, wo jüdische Siedler das Land seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts urbar gemacht, Sümpfe trocken gelegt, die Malaria-Plage bekämpft und Landwirtschaft mit europäischen Methoden begonnen hatten.

Diese Juden und ihre Nachkommen dürfen sich mit dem gleichen Recht «Palästinenser» nennen wie die Araber aus Syrien, dem Libanon und Transjordanien, die in den wirtschaftlich allmählich wieder aufblühenden alten Landschaften von Judäa, Samaria und Galiläa Arbeit und eine neue Heimat fanden. Bei manchen Familien im Libanon fällt es heute schon schwer zu entscheiden, ob es tatsächlich Libanesen oder «Palästinenser» sind. Bei der Befreiung Palästinas von türkischer Herrschaft hat auf britischer Seite eine «Jüdische Legion» mitgekämpft. Der von T.E. Lawrence in den «Sieben Säulen der Weisheit» ebenso unsachlich wie unwahr verherrlichte Feldzug⁶ war in seiner militärischen Bedeutung deutlich geringer als der Beitrag jüdischer Einheiten, die innerhalb der regulären britischen Streitkräfte an der Eroberung Palästinas und Syriens teilnahmen.

Es ist in Westeuropa kaum noch bekannt, in welcher qualvollen Not nach dem Ersten Weltkrieg Millionen von Juden in Osteuropa lebten, bevor die meisten von ihnen in den Gaskammern starben. Lawrence von Arabien und seine Gesinnungsgenossen in der britischen Verwaltung Palästinas waren strickt gegen die Verwirklichung der nach dem britischen Aussenminister Lord Balfour benannten Erklärung. Darin hatte sich England 1917 förmlich verpflichtet, «sein Bestes zu tun», um die «Errichtung einer Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» zu erleichtern. Um die Politik der Balfour-Erklärung zu Fall zu bringen,

stifteten britische Offiziere in Palästina bald nach dem Ende des Ersten Weltkriegs radikale Araber zu Gewalttaten gegen die jüdischen Einwanderer an. Das ist ein heute weithin vergessenes, aber dennoch bedeutsames Kapitel der Orientgeschichte. Umso wichtiger ist auch für nicht-jüdische Leser in Europa und den Vereinigten Staaten, was der israelische Autor Shmuel Katz in seiner Biographie des Zionistenführers Wladimir Jabotinsky (1880–1940) aus zuvor weitgehend unerschlossenen Quellen europäischer Archive dokumentiert hat⁷.

Wladimir Jabotinsky war wohl der fruchtbarste Denker des Zionismus in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts. Gerade er war sich darüber klar, dass es in einem künftigen Judenstaat ein Nebeneinander von Juden und Arabern geben müsse. Dabei hielt er eine eindeutige jüdische Mehrheit in dem künftigen Judenstaat für unerlässlich. Den Gedanken, Araber aus dem künftigen Judenstaat zu vertreiben, lehnte Jabotinsky jedoch in den oft leidenschaftlich geführten Debatten vor der Staatsgründung Israels nachdrücklich ab. Er forderte, eine jüdische Mehrheit in Palästina müsse durch Einwanderung der in ihrer Existenz bedrohten Juden Osteuropas entstehen.⁸ Doch aus der einst vorgesehenen «Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk» war im britischen «Weißbuch» vom Mai 1939 nur ein Zerrbild übrig geblieben. Die Quote für jüdische Einwanderer nach Palästina wurde in dieser bedrohlichen Notzeit von der britischen Regierung für die nächsten fünf Jahre auf nur 10.000 Juden jährlich begrenzt. Weitere 25.000 sollten gegebenenfalls nach einer später vom britischen Hochkommissar zu treffenden Entscheidung zusätzlich einwandern dürfen.

Es ist kein Wunder, dass es darauf zu einem allmählich anschwellenden Strom illegaler jüdischer Einwanderer in das Mandatsgebiet kam. Doch selbst in England war das Verständnis hierfür gering. Von König Georg VI. belegen die Akten des Foreign Office, er habe erfahren, dass «eine gewisse Anzahl jüdischer Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern heimlich nach Palästina gelangten». Der König «war froh bei dem Gedanken, dass Schritte unternommen worden sind, um diese Leute daran zu hindern, ihr Ursprungsland zu verlassen.» Die von dem König so ahnungslos begrüßten «Schritte» bestanden unter anderem darin, dass der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, die Reichsregierung ersuchte, die Nutzung deutscher Schiffe für den Transport von Juden ins Ausland «zu entmutigen». Das belegt ein Aktenvermerk des Foreign Office vom 2. März 1939. Wenige Wochen nach dieser britischen Demarche verhängte die Hitler-Regierung ein generelles Ausreiseverbot für Juden aus Deutschland.⁹

Jabotinsky starb 1940 erschöpft in den Vereinigten Staaten. Die königliche Kommission, die für das verhängnisvolle britische Weißbuch vom Mai 1939 verantwortlich war, hatte ihn in einer ihrer Sitzungen gefragt, zu welchen Konzessionen er hinsichtlich der Zahl weiterer jüdischer Einwanderer nach Palästina bereit sei. Doch er lehnte es ab, Zahlen zu nennen: «Wir haben Millionen zu retten, viele Millionen.» Er wisse nicht, ob es darum gehe, ein Drittel, die Hälfte oder ein Viertel aller Juden zu retten, es gehe jedenfalls um Millionen. «Es leben gewiss drei oder vier Millionen Juden im Osten (Europas), die an der Tür (von Palästina) klopfen, um eingelassen, und das heißt, um gerettet zu werden.»¹⁰ Als Antwort auf das britische Weißbuch von 1939, das die Tore Palästinas vor den Juden auf der Flucht vor Hitler verschloss, begann der jüdische Untergrundkampf

gegen die britischen Mandatsmacht.¹¹ Vertreter der PLO haben oft ahnungslos deutschen Gesprächspartnern erklärt, Deutschland habe eine besondere Verpflichtung gegenüber den Arabern Palästinas. Denn ohne den Holocaust hätte es einen Staat Israel niemals gegeben. Man sollte demgegenüber bedenken: Hätte England in den dreißiger Jahren das damals immer noch dünn besiedelte Palästina für eine Einwanderung der verarmten jüdischen Massen Osteuropas geöffnet, so wäre viel früher und ohne das Blutvergießen des Untergrundkampfes ein aufblühender und überwiegend von Juden bewohnter Staat im Nahen Osten entstanden.

Heute leben Hunderttausende von Arabern aus Palästina weit von ihrem Geburtsort oder dem Geburtsort ihrer Väter entfernt, zum Teil in beachtlichem Wohlstand, zum Teil bitterarm. Seit über einem halben Jahrhundert bestehen die von den Vereinten Nationen überwachten «Flüchtlingslager» in arabischen Ländern und in Israel. Es gibt kaum einen traurigeren Anblick als Flüchtlinge, die mit ihren letzten Habseligkeiten in Säcken auf dem Rücken oder in ärmlichen Fuhrwerken aus einem Kampfgebiet fliehen. Der Berichterstatter hat die arabischen Flüchtlingsströme unmittelbar nach dem Juni-Krieg von 1967 an der jordanischen Allenby-Brücke gesehen, wie sie niedergeschlagen, ja verzweifelt das von Israel eroberte Land westlich des Jordans verließen. Sein Mitgefühl war ganz auf der Seite der Opfer dieses von dem ägyptischen Diktator Nasser entfesselten Krieges. Doch damals, im Sommer und Herbst 1967, war die Sympathie der westlichen Völker auf Israels Seite. Noch Monate nach dem Junikrieg war die Bereitschaft westlicher Hilfswerke, den unter israelischer Besatzung verbliebenen Arabern zu helfen, in Deutschland, ja allgemein im Westen gering.¹²

Pius XII. hatte schon wenige Monate nach der Staatsgründung Israels in der Enzyklika «In multiplicibus curis» von «vielen Tausend Exilierten und Flüchtlingen» gesprochen, «die von ihrem Land vertrieben umherziehen, Zuflucht und Brot suchend.» Frau Koltermann vermutet in ihrem Buch «Päpste und Palästina» hierzu: «Pius XII. formulierte offenbar in dem Bewusstsein, dass die palästinensischen Flüchtlinge nicht in erster Linie freiwillig oder in Folge arabischer Propaganda ihre Heimat verlassen hatten, sondern mehrheitlich von der israelischen Armee vertrieben worden waren.»¹³ Die Verfasserin zitiert zu dieser irrtümlichen Auffassung eine 1994 in Oxford veröffentlichte Schrift und das Buch eines arabischen Autors. Hier wären jedoch auch israelische Quellen zu befragen gewesen. Eine Vertreibung der Mehrheit von Arabern aus Palästina durch die junge israelische Armee hat im ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948-1949 nicht stattgefunden. Das hat der Berichterstatter schon Mitte der fünfziger Jahre von einem glaubwürdigen Augenzeugen erfahren, der 1948 auf arabischer Seite gegen den gerade erst gegründeten jüdischen Staat mitgekämpft hatte. Abdul Hamid Richter, der langjährige deutsche Hausmeister der Deutschen Botschaft in Saudi-Arabien, musste damals erleben, wie nicht nur die Bauern aus den arabischen Dörfern westlich des Jordans, sondern auch die regulären arabischen Armeen, die den Judenstaat zu vernichten gedroht hatten, nach den ersten Kampfhandlungen in hellen Haufen tagelang ostwärts flohen.

Das Schicksal der Araber in den Flüchtlingslagern ist erschreckend. In Europa erfährt der heutige Zeitungsleser oder Betrachter von Fernsehprogrammen jedoch kaum mehr, wie jenes Flüchtlingsland begann. Großbritannien hatte im Mai

1947 mitgeteilt, es werde das ihm vom Völkerbund anvertraute Mandat für die Verwaltung Palästinas niederlegen. Die Gebiete östlich des Jordans, die zur Zeit der Balfour-Erklärung auch noch zu Palästina gehörten, hatten die Engländer ohnehin längst vom ursprünglichen Mandatsgebiet abgetrennt. Als Staat «Transjordanien» sollten diese Gebiete bald von der britischen Kolonialmacht selbstständig werden. Westlich des Jordans sah ein Teilungsplan der Vereinten Nationen für Palästina nun nur noch einen schmalen Küstenstreifen für den künftigen Judenstaat vor. Ein größeres Territorium westlich des Jordans sollte als Staatsgebiet den Arabern zur Verfügung stehen. Für Jerusalem war ein Sonderstatus vorgesehen.

Trotz enormer Nachteile für die Juden nimmt deren Führung den Teilungsplan an. Am gleichen Tag, an dem der letzte britische Hochkommissar Palästina verlässt, dem 14. Mai 1948, proklamiert Ben Gurion die Gründung des souveränen Staates Israel. Die arabischen Nachbarstaaten des Mandatsgebiets Palästina lehnen den Teilungsplan ab. Sie greifen Israel an, auch der Irak, der nicht über gemeinsame Grenzen mit Palästina verfügt. Bei den Kämpfen kann der jüdische Staat seine Gebiete gegenüber den im Teilungsplan vorgesehenen Grenzen erweitern. Erfolgreich ist auf arabischer Seite nur die von dem Engländer Glubb Pascha ausgebildete Armee Transjordanien. Sie sichert den Arabern wenigstens einen Teil des ihnen ursprünglich von den Vereinten Nationen zugeordneten Gebiets westlich des Jordans und nach harten Kämpfen fast die gesamte Altstadt Jerusalems.

Es ist verdienstvoll, dass Ulrike Koltermann zur Staatsgründung Israels auch eine Stellungnahme im Wortlaut zitiert, an die man in Rom heute wohl nicht mehr gern denkt. Im *Osservatore Romano*, dem offiziellen Sprachrohr des Vatikans, war in der Ausgabe vom 28./29. Mai 1948 zu lesen: «Es wird niemand behaupten wollen, die Muslime oder Zionisten seien dem Heiligen Land so verbunden wie die Christen. Der Muezzin predigt vom Minarett nicht in Richtung Jerusalem. Der Zionismus ist nicht das Israel der Bibel, sondern das der Balfour-Erklärung, also der heutigen Zeit, des zwanzigsten Jahrhunderts, ein weltanschaulich und politisch laizistischer Staat. Die heiligen Stätten bleiben die des Christentums, woher sie auch ihren Namen haben, und das Heilige Land ist das des Christentums, das es als gemeinsames Vaterland für alle Völker betrachtet, weil es das Vaterland der Zivilisation ist.»

Das war eine wenig freundliche Begrüßung eines Staates, der den über die Welt zerstreuten Juden seit der Zerstörung Jerusalems durch die Römer nach Jahrhunderten unendlicher Leiden zum ersten mal wieder eine Heimat bot. Über die verschiedenen Strömungen innerhalb der zionistischen Bewegung wusste man 1948 im Vatikan offenbar wenig. Die Zionisten in Europa, in den Vereinigten Staaten und in dem gerade erst gegründeten jüdischen Staat waren in zwei bitter verfeindete Flügel gespalten. Der britische Zionistenführer Chaim Weizmann und der Sozialist Ben Gurion hatten lange gezögert, bis sie sich eindeutig für die Errichtung eines Staates der Juden erklärten. Es sollte ein laizistischer Staat sein. Jabotinsky hatte sich als Führer der konservativen «Revisionisten» innerhalb der Zionistischen Weltorganisation schon in den zwanziger Jahren von Chaim Weizmann und Ben Gurion getrennt. 1935 gründete er die Neue Zionistische Organisation. Für ihn war es klar: Für das Individuum müsse die Religion eine private

Sache bleiben. Doch «für den Staat und für uns als Volk ist es eine Sache von höchster Bedeutung, dass die ewige Flamme nicht ausgelöscht wird, dass man Kerzen in der Synagoge und Kirche anzündet, dass die Stimme der Propheten als eine lebendige Stimme in den Häusern unseres Volkes gehört wird.»¹⁴

In einem Grundsatzdokument der Neuen Zionistischen Organisation hat Jabotinsky später die Ziele des Zionismus so definiert: «Die Erlösung des jüdischen Volkes, die Wiederbelebung seines Landes und seiner Sprache, und die Einpflanzung der heiligen Schätze der Torah darin.»¹⁵ In mancher Hinsicht war es ein Unglück für die Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem jungen jüdischen Staat, dass nach dessen Gründung fast drei Jahrzehnte lang Politiker der Arbeiterpartei die Regierungschefs waren. Sie vertraten in der Tat im Wesentlichen einen «weltanschaulich und politisch laizistischen Staat», wie es der Osservatore Romano 1948 dem gesamten Staatswesen vorwarf. Von Anhängern und Schülern Jabotinskys wie Begin, Schamir oder Scharon, von ihren Gedanken und ihrem Werdegang, ist in Europa noch heute zu wenig bekannt. Wie sollte es da 1948 in der römischen Kurie anders gewesen sein? Nicht hinlänglich beachtet hat man im Vatikan auch, wie entscheidend der lange Weg zur Staatsgründung Israels von der «Judennot» geprägt war, wie man die Notlage von Millionen verarmter, verachteter und immer wieder verfolgter Juden in Osteuropa vor dem Holocaust nannte.

Papst Paul VI. hat am deutlichsten unter den Päpsten des vergangenen Jahrhunderts «Gerechtigkeit» für die Araber Palästinas gefordert. Er hat dabei wohl vor allem an die Araber in den Flüchtlingslagern gedacht. In der Tat ist diesen Lagerinsassen bitteres Unrecht geschehen und geschieht noch bis heute. Zunächst waren die Lager als Stätten humanitärer Soforthilfe entstanden, Zeltlager, in denen man das zum Leben Notwendigste verteilte. Aus solchen Notunterkünften sind bald Siedlungen für Hunderttausende von politischen Geiseln geworden, mit denen die arabischen Staaten Druck auf die Weltöffentlichkeit, vor allem aber auf die westlichen Großmächte ausüben wollten.

Die arabischen Flüchtlinge des ersten arabisch-israelischen Kriegs von 1948-1949 hat man auf insgesamt 850.000 bis 900.000 Seelen geschätzt.¹⁶ Ägypten und der Irak hatten die arabische Bevölkerung Palästinas zu Beginn der Feindseligkeiten aufgerufen, sie solle unverzüglich aus den Kampfgebieten in die arabischen Nachbarstaaten fliehen. Das werde es den arabischen Armeen erleichtern, Israel zu besiegen. Die Flüchtlinge waren damit Opfer eines von den arabischen Nachbarn Israels geführten Angriffskriegs auf den jüdischen Staat, zugleich aber einer heute nur noch schwer vorstellbaren Fehleinschätzung der israelischen Kampfkraft. Das französische Nordafrika stand auch nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg noch unter der Kolonialherrschaft Frankreichs. Ägypten, der Irak, Syrien und der Libanon aber waren zu Beginn der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bereits unabhängige und wirtschaftlich blühende Länder.

Der Verfasser hat in den Jahren 1952/53 in Ägypten gelebt und staunte über den damaligen Reichtum des Landes, eine Folge des ägyptischen Baumwoll-Exports nach Westeuropa und in die Vereinigten Staaten. Der Irak hatte bereits hohe Einnahmen aus dem Erdölexport. Syrien und den Libanon konnte man im Vergleich zur späteren Entwicklung damals auch noch durchaus wohlhabend nennen. Doch die Führer der Araber wagten es aus Furcht vor den bitter enttäuschen

arabischen Massen nicht, nach ihrer Niederlage mit Israel Frieden zu schließen oder zumindest die Existenz des ihnen verhassten Judenstaats anzuerkennen. Ebenso wenig waren die arabischen Gegner Israels nach den Kriegen von 1956 und 1967 hierzu bereit. Bis in die siebziger Jahre war in den Schulatlanten im Libanon auf den Landkarten ein Staat Israel unauffindbar. Nur «Palästina» stand auf dem Gebiet des ehemaligen britischen Mandatsgebiets verzeichnet, und so ist es wohl heute noch in den meisten arabischen Staaten.

Nur mit Verwunderung, ja mit Erschrecken lässt sich heute im Rückblick auf das vergangene halbe Jahrhundert erkennen, wie lange die arabischen Staaten, ja die gesamte Völkergemeinschaft die einfachsten Gebote der Menschlichkeit und Vernunft missachtet haben, soweit es um die arabischen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina ging. Schon längst hätte man sie aus ihren Lagern entlassen und in einen freien Alltag eingliedern müssen. Für jeden, der für Gerechtigkeit im Nahost-Konflikt eintritt, sollte die Auflösung der Flüchtlingslager das erste und dringlichste Gebot auch heute noch sein. Aber dafür kann nicht Israel die Last und Verantwortung tragen. Nach der Gründung des jüdischen Staats haben die arabischen Staaten ihrerseits Hunderttausende von Juden enteignet und damit zur Auswanderung nach Israel, Europa oder in die Vereinigten Staaten gezwungen. Warum spricht man darüber nicht mehr?

Schon vor Beginn des arabisch-israelischen Sechs-Tage-Kriegs vom Juni 1967 hatten die Vereinigten Staaten bemerkt, dass die Palästina-Araber die Flüchtlingslager zur Ausbildung von Guerilla-Kämpfern missbrauchten. Auf die Forderung des amerikanischen Präsidenten Johnson, dieser Missbrauch sei zu beenden, antwortete die damalige PLO-Führung mit der Drohung, amerikanische Einrichtungen überall im Nahen Osten zu zerstören, falls die Vereinigten Staaten ihre Zahlungen für den Unterhalt der Lager einstellen sollten. Der Ausbruch des Juni-Kriegs bereitete dem Streit ein unerwartetes Ende: Er führte zu einem neuen Flüchtlingsstrom von Arabern aus den bis dahin von Jordanien regierten und nur von Arabern besiedelten Gebieten westlich des Jordans.

Seit 1950 werden die Flüchtlinge von einem Hilfswerk der Vereinten Nationen betreut. Einen Missbrauch der Lager zur Vorbereitung von Terrorakten hat die Weltorganisation aber nie wirksam verhindert. Und noch ist keines der arabischen Nachbarländer des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina bereit, die Lagerinsassen im eigenen Gebiet aufzunehmen. Nach wie vor verlangen die arabischen Staaten vielmehr, dass die Flüchtlinge und ihre Nachkommen aus den Lagern in das heutige Israel heimkehren müssten. Eine solche Heimkehr aber käme einer Vernichtung Israels gleich. Denn nach wie vor fordern führende Politiker der Palästina-Araber und zahlreicher islamischer Staaten unter Hinweis auf den Koran eine neue Vertreibung der Juden aus dem Land ihrer Väter.

Die Haltung des Islams gegenüber den Juden ist zwiespältig. Einerseits heißt es im Koran: «Wahrlich, die Gläubigen (Muslims) und die Juden und Sabäer und Christen, soweit sie an Gott und den Jüngsten Tag glauben und Gutes tun – keine Furcht soll sie bedrängen noch Kummer.»¹⁷ Doch soweit es um Juden geht, führen solche tröstlichen Worte nicht weit. In der gleichen Sure, die den frommen Juden und Christen Furchtlosigkeit verspricht, heißt es nach einer Absage an die christliche Lehre vom dreieinigen Gott: «Du wirst die schlimmste Feindschaft

gegenüber den Gläubigen (Muslims) bei den Juden antreffen und bei denjenigen, die Vielgötterei treiben. Und du wirst finden, dass den Gläubigen (Muslims) am nächsten in Liebe diejenigen verbunden sind, die sagen ‹Wir sind Christen›. Das rührt daher, dass es bei ihnen Priester und Mönche gibt, und dass sie nicht hochmütig sind.»¹⁸

Während des Libanonkriegs haben die freundlichen Worte des Korans über Christen den libanesischen Christen wenig geholfen. Und wer die Politik der arabischsprachigen Staaten in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, konnte bei ihren Regierungschefs und Staatsoberhäuptern – mit Ausnahme des Libanons sind es ausnahmslos Muslims – Wohlwollen gegenüber Israel kaum jemals entdecken. Vielmehr nimmt die Verteufelung des von Juden gegründeten Staates bei den Arabern von Jahr zu Jahr zu.

«Verteufelung» – das ist leider strikt wörtlich zu nehmen. Bei der feierlichen Verlesung des Korans in arabischer Sprache beginnt der Rezitator die Suren mit dem Stoßgebet: «Ich bitte Gott um Schutz vor dem Teufel, den man steinigen muss.» Zu der jedem erwachsenen Muslim vorgeschriebenen Wallfahrt nach Mekka gehört das symbolische Steinigen des Teufels. Auf der Talebene von Muna, unweit von Mekka, werden von jedem Mekkapilger Steine auf Teufelsymbole geworfen. Als der Verfasser dieses Berichts 1955 in dem damals noch von Jordanien verwalteten Ost-Jerusalem zur Klagemauer des Tempelbergs ging, warfen kleine Jungen Steine auf ihn. Man habe ihn für einen Juden gehalten, wurde ihm damals erklärt. Auch die feindseligen Steinwürfe von Gruppen junger Araber auf Israelis im gegenwärtigen Nahost-Konflikt sind Akte von Judenhass. Dabei werden die Juden auf eine Stufe mit dem Teufel gestellt.

Bezeichnend ist auch das Wort, mit dem die Araber Palästinas und ihr Führer Arafat ihren gegen Israel gerichteten Aufstand benennen: Intifada. Das Wort bedeutet nicht etwa «Aufstand», wie Frau Koltermann meint.¹⁹ Im Hocharabischen bedeutet das Verb, von dem das Substantiv Intifada abgeleitet ist: «Mit heftiger Bewegung Schmutz vom Gewand abschütteln». Für die arabische Volkssprache von Syrien, dem Libanon und Palästina hat der französische Orientalist Barthélemy eine doppelte Bedeutung des Verbs intafada dokumentiert: «Man schüttelt sich beim Anblick eines Menschen vor Abscheu» oder «Der Boden erbebt von einem Erdbeben».²⁰ Die von der arabischen Schriftsprache vermittelte Bedeutung von Intifada, der Aufstand der Araber gegen das jüdische Israel sei ein Abschütteln von Schmutz vom Gewand Palästinas, ist eine schwere Verletzung der Menschenwürde. Aber ist die volkssprachliche Bedeutung des Wortes nicht noch schlimmer, weil sie einen unverhüllten Ekel der arabischen Anhänger Arafats vor den Juden verrät?

Die Entwicklung der letzten Jahre im Nahost-Konflikt ist schon deshalb bedenklich, weil sie weit über diesen begrenzten Schauplatz hinaus die Muslims in ihrer Neigung bestärkt, alles Jüdische zu verteufeln und mit ihrem Hass zu verfolgen. Nicht selten hat schon der ständige Gedankenaustausch mit führenden Muslims aus Palästina auch Vertreter christlicher Organisationen zu einer allzu einseitigen Betrachtung des Nahost-Konflikts verführt. Dies ließe sich unschwer mit manchen Äußerungen belegen, die Frau Koltermann von Mitgliedern der «Päpstlichen Organisation für Palästina» zitiert.

Ihre in mehrjährigen Recherchen erarbeitete theologische Dissertation wirkt in weiten Partien eher wie eine Abhandlung zur Politikwissenschaft. «Die drei Januartage (des Jahres 1964), die Paul VI. im Heiligen Land verbrachte, bedeuteten die bisher höchste Konzentration vatikanischer Palästina-Politik» heißt es da etwa.²¹ Wer den Besuch von Paul VI. in Jerusalem selbst miterlebt hat und die ungeheuere Erregung der arabischen Massen, während der Papst vom Damaskustor zur Grabeskirche schritt, wird das ganz anders sehen. Für Paul VI. muss die Ankunft in Jerusalem mit der Messe in der Grabeskirche vor allem ein Glaubenserlebnis gewesen sein, wohl der erste und früheste Höhepunkt seines Pontifikats. Verwunderlich ist auch die Bereitschaft der Autorin, Propagandathesen der PLO zum Krieg im Libanon ungeprüft zu übernehmen. Zum Kriegausbruch heißt es, «palästinensische Widerstandsgruppen» hätten sich nach ihrer Vertreibung aus Jordanien im Libanon neu organisiert und «durch ihre Gewaltakte in Israel Vergeltungsschläge Israels gegen den Libanon provoziert. Aus diesem Grunde wollten die Phalangisten, die größte christliche Partei im Libanon, ihrerseits die Palästinenser aus dem Libanon vertreiben. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und Phalangisten weiteten sich im April 1975 zu einem Bürgerkrieg aus.»²² Da ist nun wirklich alles falsch.²³

Zeitlich näher als die verhängnisvollen Übergriffe palästinensischer Kampfseinheiten, die im April 1975 zum Ausbruch des Libanonkriegs führten, liegen die Ereignisse vom Herbst 1982 in den Nord-Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Schatila. «Auf der Suche nach zurückgebliebenen Kampfseinheiten töteten sie (die christlichen Milizen im Libanon) innerhalb weniger Tage mindestens 2000 Zivilisten. Das israelische Militär war über das Vorgehen der libanesischen Miliz nicht nur informiert, sondern leistete auch logistische Hilfe», schreibt Ulrike Koltermann, ohne hierfür Quellen zu nennen. Die Behauptung, Israel sei für das Blutvergießen in den beiden Flüchtlingslagern vom September 1982 verantwortlich, oder gar der damalige israelische Verteidigungsminister Ariel Scharon, wie nicht selten behauptet wurde, hält jedoch einer kritischen Prüfung nicht stand.

Unbestritten ist: Im September 1982 hatte sich der PLO-Führer Arafat förmlich verpflichtet, er werde alle seine Kämpfer mit ihren Waffen zur Ausreise nach Tunesien in Beirut einschiffen. Dennoch befanden sich weiter bewaffnete PLO-Kämpfer in den Lagern Sabra und Schatila. Ebenso unbestritten ist es, dass eine von dem christlichen Milizführer Elias Hobeikah befehligte Sondereinheit kampferprobter Milizionäre in die Lager gedrungen war. Hobeikah war Geheimdienstchef der Milizen. Deren Befehlshaber, der bereits zum libanesischen Staatspräsidenten gewählte Baschir Gemayel, war am 12. September 1982, kurz vor dem Blutvergießen in den Flüchtlingslagern, einem Sprengstoffanschlag zum Opfer gefallen.

Die Hintergründe der Ermordung Gemayels sind immer noch unklar. Dass hinter den Übergriffen in den Lagern Sabra und Schatila Syrien stand, liess die Regierung des syrischen Diktators Assad jedoch bald durch ihr Verhalten erkennen. Er hatte richtig kalkuliert: Die zu erwartende Empörung über das Blutvergießen in den Flüchtlingslagern führte zu einem unheilbaren Bruch zwischen den libanesischen Christen und Israel. Die Christen haben damit ihren wichtigsten Bundesgenossen verloren. Nur dies alles macht es verständlich, warum Hobeikah mit

seinen Mitkämpfern nach dem Blutvergiessen in den Lagern Sabra und Schatila in Syrien Aufnahme fand.²⁴ Bei Parlamentswahlen im Libanon versuchte die syrische Besatzungsmacht später sogar, einen Sitz im Beiruter Parlament für Hobeikah zu sichern, allerdings ohne Erfolg.

Es ist schmerzlich, dass die Vereinten Nationen, Europa und die Vereinigten Staaten die Besetzung des Libanons durch syrische Truppen längst nur noch schweigend hinnehmen. Seit einem Vierteljahrhundert stehen Truppen Syriens in dem wehrlosen Land. Mit Nachdruck wird hingegen in Europa und den Vereinigten Staaten die Forderung erhoben, der Westen müsse Druck auf Israel ausüben, um den Nahost-Konflikt zu entschärfen. Eine eindeutig pro-arabische Haltung scheint die Autorin der Dissertation über «Päpste und Palästina» auch von der Nahost-Politik des Vatikans zu erwarten. Die Schlussfolgerung ihrer gesamten Recherchen berücksichtigt jedenfalls allein den arabischen Standpunkt: «Insgesamt gesehen kann die vatikanische Palästina-Politik im Blick auf Jerusalem fünfzig Jahre nach dem Ende des britischen Mandats als gescheitert bezeichnet werden: Bei wechselnden Forderungen erreichte der Vatikan nicht mehr als einige Teilabkommen, deren Umsetzung allerdings wieder neue Probleme aufwarf. Zudem hatte er durch die diplomatische Anerkennung Israels – die seinen Einfluss auf die Regelung der Jerusalem-Frage nicht, wie erwartet, vergrößert hatte – bei den arabischen Staaten an Glaubwürdigkeit verloren.»

Hätte der Vatikan also Israel, dem seit seiner Gründung von der Feindschaft islamischer Regierungen bedrohten Staat, auf unbegrenzte Zeit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verweigern sollen? Mit der Schärfe ihrer Kritik am Vatikan geht die Autorin sogar noch über das hier schon Zitierte hinaus. Sie fragt, «ob und inwiefern seine (des Vatikans) klassische, an den Regeln der Staatengemeinschaft orientierte Diplomatie künftig noch ein geeignetes Mittel sein kann, christliche Interessen zu verfolgen.»²⁵

Zur Toleranz gehört es, auch Standpunkte in ruhiger Abwägung zur Kenntnis zu nehmen, die man keineswegs teilt. Was den Berichtersteller für die Arbeit Frau Koltermanns einnimmt, ist die Überzeugung, dass hier eine hochbegabte Studentin unter dem Einfluss wortgewandter Palästina-Araber ein Playdoyer gegen den Staat Israel verfasst hat, offensichtlich ohne zu überschauen, wie einseitig das von ihr entworfene Gesamtbild ist. Man darf, ja sollte ihren Standpunkt daher durchaus als idealistisch bewerten. Als sie noch an der Arbeit für ihre Dissertation in der Studierstube saß, konnte sie noch nicht ahnen, welche Sprengkraft von Zionisten- und Judenhass mit dem Terrornetz eines Osama bin Ladin schon bald aus der islamischen Welt hervorbrechen würde.

Doch schon vorher war hinlänglich bekannt: Alle bisher geführten arabisch-israelischen Kriege begannen mit Angriffshandlungen arabischer Muslims gegen den jüdischen Staat. Und auch jene Kette von Gewalttaten, für die der Führer der Palästina-Araber Arafat das Unwort Intifada gewählt hat, ist ein noch andauernder Angriff auf Israel. Das bleibt bei jeder sachlichen Betrachtung des Nahost-Konflikts zu bedenken.

ANMERKUNGEN

- ¹ S. 214 und 215, Aschendorff Verlagsbuchhandlung, Münster 2001
- ² Koltermann, S. 239
- ³ Koltermann, S. 240
- ⁴ Koltermann, S. 299
- ⁵ Koltermann, S. 249
- ⁶ siehe hierzu die in ihrem sachlichen Kern nach wie vor unwiderlegten Argumente von Richard Aldington in seinem Buch *Lawrence of Arabia, A Biographical Inquiry*, London 1955.
- ⁷ *Lone Wolf / A Biography of Vladimir (Ze'ev) Jabotinsky*. Barricade Books, New York 1996, ISBN I-56980-042-1
- ⁸ Katz, S. 1245f.
- ⁹ Katz, S. 1706
- ¹⁰ Katz, S. 1522
- ¹¹ Katz, S. 1724–27
- ¹² Gespräche des Verfassers mit dem bischöflichen Hilfswerk Misereor, dessen Leiter Prälat Dossing nur selten zögerte vorurteilslos Hilfe zu leisten, wenn große Not herrschte und sich andere versagten.
- ¹³ Koltermann, S. 46
- ¹⁴ Zitiert von Shmuel Katz, a.a.O. S. 1459
- ¹⁵ Katz, S. 1459
- ¹⁶ *Der Nahe und Mittlere Osten /Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*. Herausgegeben von Udo Steinbach und Rüdiger Robert. Opladen 1988, I, S. 37
- ¹⁷ V 69, Zählung nach dem Kairoer Text
- ¹⁸ V 82
- ¹⁷ Koltermann, S. 257
- ¹⁹ *Dictionnaire Arabe-Français Dialectes de Syrie: Alep, Damas, Liban, Jerusalem*, Paris 1925
- ²⁰ Koltermann, S. 131
- ²² Koltermann, S. 200
- ²³ Siehe meine seinerzeit vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz angeregte Broschüre «Was geschah im Libanon» und deren erweiterte englische Fassung: *The Lebanese War. It's origins and political dimensions*, London 1978.
- ²⁴ Siehe hierzu den Beitrag des Autors in der israelischen Zeitschrift *Nativ* V, 6, November 1992
- ²⁵ Koltermann, S. 339